

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

Verlag: monatlich 3.50 M., vierteljährlich 11.40 M. Durch die Post
bezogen 14.10 M. Beleggeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.
Die hiesige Druckerei, Streich, Aufbereitung, Vertriebsabteilung hat der Ver-
leger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Nachzahlung der Gebühren.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts-
und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Rindfleischstr. 11.
Beratung: Nr. 2015 und 2016. — Anzeigenpreise: Die 31 mm breite Zeile 60 Pf.,
die 22 mm breite Zeile 40 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bezogen. — Ausland 2. — Bezogen 6. — M. Adressat 12. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 277

Donnerstag, 17. Juni 1920.

74. Jahrgang

Weitere Nachrichten über die Haltung der Parteien.

Der Wille zur Mitarbeit am Wiederaufbau ist das Kennzeichen der Haltung der bürgerlichen Parteien. In der deutschen Abendausgabe veröffentlichten Neuigkeiten darüber folgen wir noch folgenden Aussagen der Fraktionen der

Deutschnationalen Volkspartei

Sie erklärt nachstehende Erklärung:

„Seit über einer Woche ist die Bildung der Regierung, die von der politischen Lage dringend erfordert und vom deutschen Volk erwartet wird, um seinen Schritt vorwärts zu kommen. An die deutschnationale Fraktion hat sich bis zur Stunde keiner der mit der Regierungsbildung betrauten Herren mit dem Ersuchen um Teilnahme an den Verhandlungen gewandt. Das muß uns sehr bedauern, weil durch die veröffentlichten Erklärungen der Fraktion und durch die Haltung, die von deutschnationaler Seite bei den Wahlen angenommen worden ist, die Bereitwilligkeit der Partei besteht, den Bedürfnissen des Vaterlandes gerecht zu werden. In der gestrigen Sitzung der Fraktion bestand Übereinstimmung darüber, daß die deutschnationale Fraktion, nachdem durch die Sozialdemokraten jede Koalition zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokratie verweigert wurde, eine Regierungsbildung der bürgerlichen Parteien erstrebt und zur Mitwirkung dabei durchaus bereit ist. Auch das könnte nicht ohne Opfer der Parteianhänger und der Parteinteressen geschehen. Dieses Opfer auf sich zu nehmen, erscheint der Fraktion in Hinsicht namentlich auf die bevorstehenden Verhandlungen in Spa und auf die Gefahren der von radikaler Seite ausdrücklich angekündigten Veruche gewaltsamen Umsturzes der Verfassung als eine unbedingt vaterländische Pflicht. Wenn diese vaterländische Notwendigkeit bei den weiteren Verhandlungen sich nicht erfüllen lassen sollte, so kann das jedenfalls nicht auf das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei zurückgeführt werden.“

Aus der Erklärung der Demokratischen Partei, die wir im Auszug brachten, sind noch folgende Sätze hervorzuheben:

„Nach Artikel 53 der deutschen Reichsverfassung ernannt der Reichspräsident den Reichskanzler und aus dessen Vorschlag die Reichsminister. Wir sehen, besonders nach dem leidenschaftlich geführten Wahlkampf, ein Abweichen von diesem Weg für verhängnisvoll an. Daß die Parteien sich bereit erklären, Kombinationen zu bilden, ohne vorher das sachliche Programm des Kabinetts und seine Zusammensetzung zu kennen, erscheint mir ausgeschlossen. Nur auf dem verfassungsmäßigen Wege kann die Bildung einer Regierung gelingen. Der Reichspräsident bezeichnet einen Reichskanzler, der ein Programm für seine Regierung zu entwerfen und auf dieser Grundlage seine Mitarbeiter zu gewinnen hat. Dann haben die Fraktionen und demnach der Reichstag darüber zu beschließen, ob sie dieser Regierung mit ihrem Programm das Vertrauen aussprechen wollen oder nicht.“

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt hierzu, daß die Erfahrung gelehrt habe, daß es nicht zum Vorteil des Vaterlands sei, wenn bei der Ministerauswahl die Fraktionen politisch ausschlaggebend sei. Auch diese demokratische Erkenntnis ist als ein erfreulicher Schritt zur Besserung zu buchen. Und es bleibt nur bedauerlich, daß nicht auch die Mehrheitsfraktionen aus der Erfahrung gelernt haben und die für das Volk ganz notwendigen Schlüsse ziehen.

Pressestimmen zur Krise.

Berlin, 16. Juni.

Au der Erklärung des Vorsitzenden der Demokratischen Partei, in der die Bereitschaft erklärt wird, an der Bildung des Kabinetts teilzunehmen, ohne vorherige Bildung einer Parteikoalition, sagt der „Vorwärts“: „Die Erklärung ist nicht ablehnend, aber ausweichend. Die Frage der Regierungsbildung ist durch sie nicht weiter gekommen.“ Die „Politische Zeitung“ meint, daß der Erklärung ohne Zweifel die weitesten Kreise zustimmen würden. Sie stelle sich auf den einzeln richtigen Standpunkt, daß es Sache des Reichskanzlers sein müsse, auf Grund eines sachlichen Programms sich die geeigneten Mitarbeiter zu suchen. — Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge hat sich die Frage etwas geklärt. An der Erklärung Petersens wird dem Votum der Deutschen Volkspartei mitgeteilt, daß, was Petersen ausgedrückt habe, sei von der Deutschen Volkspartei schon zu Beginn der Krise ausgesprochen worden. Wenn man die Erklärung lese, habe man die Einsicht, daß auf die Reichskanzlerschaft Schiffer's hingearbeitet werde. Die Deutsche Volkspartei könne es aber auf keinen Fall dulden, daß die Reichsregierung ein Mannes aus den Reihen des Zentrums dagegen laß sich sprechen. Mit bestimmten Forderungen wäre die Deutsche Volkspartei einverstanden.

Wahlerfolge der Deutschen Volkspartei.

Der siebente Kandidat der Reichsliste erwählt. Nach den jetzt vorliegenden amtlichen Ziffern sind in dem Bundeswahlkreis Pommern-Mecklenburg für die Deutsche Volkspartei zusammen 299 580 Stimmen abgegeben worden, sodaß für das dritte Mandat 420 Stimmen fehlen. Der Stimmenüberschuß von Pommern-Mecklenburg fällt

insolgedessen auf die Reichsliste der D. V. P., sodaß als siebenter Kandidat der Reichsliste Herr Oberpostsekretär Morath, Karlsruhe, in den Reichstag gewählt worden ist.

Vom Landesverband Oldenburg.

Der Landesverband Oldenburg, der für die Reichstagswahl seine Stimmengruppe von 21 000 auf 40 000 erhöhte, hat durch die am selben Tage stattfindende Landtagswahl seine Mandatszahl von 8 auf 13 erhöht. Sie ist damit die stärkste Partei geworden. Da sich der in Oldenburg gewählte Abgeordnete der Deutschnationalen, sowie der Abgeordnete des Landbundes der Fraktion anschließen werden, steht sie mit 15 Sitzen vor dem Zentrum, das 11 Sitze erhalten hat. Dem Zentrum folgen die Sozialdemokraten mit 10, die Demokraten mit 7 und die Unabhängigen mit 5 Sitzen.

Bayern.

Franklin Gertrud Wolf, Doktor der Sozialwissenschaften, die Vorsitzende des Münchener nationalliberalen Frauenvereins, wurde mit 13 121 Stimmen in den bayrischen Landtag gewählt.

Geheimrat Nieher aus dem Hansabund ausgeschieden.

Berlin, 15. Juni.

Der Hansabund gibt bekannt: Gemäß der schon vor einem Jahr erfolgten Ankündigung ist am 12. Juni, am 11. Stiftungstage des Hansabundes, der bisherige Vorsitzende Geheimrat Dr. Nieher ausgeschieden. In seinen Abschiedsworten wies Nieher darauf hin, daß ihn die parlamentarischen Arbeiten in einer Weise in Anspruch nahmen, daß er die große Arbeit für den Hansabund nicht mehr bewältigen und er gerade jetzt ruhig ausscheiden könne, wo der Hansabund einen großen Aufschwung nehme und in Dr. Nieher, dem Direktor der Hga (Automobilbau A. G.), einen seiner Stellung voll gewachsenen geschäftsführenden Präsidenten gewonnen habe. Das Präsidium mußte angesichts dieser Begründung zu seinem großen Bedauern dem Antrage zustimmen, daß gleichzeitig aber durch die Ernennung des Ausscheidenden zum Ehrenpräsidenten dem lebhafte Wunsch Ausdruck, den Namen des Begründers des Hansabundes auch ferner in seiner Verwaltung fortzuführen. Gemäß § 15 der Bundesstatuten, der die Wahl eines Stellvertreters bis zur Hauptversammlung anordnet, wurde Generaldirektor Dr. Endemann-Hannover mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vorsitzenden des Präsidiums betraut.

Französische Note über Aufrechterhaltung von Verträgen mit Deutschland.

Paris, 16. Juni.

Das „Journal officiel“ veröffentlicht heute eine Benachrichtigung, die der deutschen Regierung am 12. Juni übermittelt wurde betr. Aufrechterhaltung gewisser Kategorien von Verträgen, und die lautet: Soweit die in nachfolgenden Kategorien angeführten, vor dem Kriege abgeschlossenen Verträge nicht als rechtmäßig aufrecht erhalten nach den Bestimmungen des Abschnitts V zehnter Teil des Verfallener Verträge zu gelten haben, beansprucht die Regierung der Republik die Aufrechterhaltung im allgemeinen Interesse nach § B des Artikels 200: 1. der Gesellschaftsverträge, 2. der Verträge zu militärischen oder Ernährungszwecken, 3. der Verträge, die Geschenke irgendwelcher Art begründen. Die Regierung der Republik wird der deutschen Regierung ferner in dem durch Artikel 200 § B vorausgesehenen Zeitraum eine Liste der Privatverträge ausstellen, die nicht unter obige Kategorien fallen, deren Aufrechterhaltung jedoch im allgemeinen Interesse liegt.

Heimkehr aus Sibirien.

Hamburg, 16. Juni. Der amerikanische Transportdampfer „Mount Vernon“ (vormals „Kronprinzessin Cecilie“), mit Heimkehrern aus Sibirien über Amerika nach Hamburg unterwegs, ist kurz bei Nacht in New-York angekommen. An Bord befinden sich 3000 Tschecho-Slowaken, 150 Deutsche und 250 Österreicher. Der Dampfer sollte ursprünglich in etwa vierzehn Tagen in Cuxhaven eintreffen.

Völkerbund und Kriegsgefangene in Sibirien.

London, 15. Juni. (Reuter.)

Am 15. Juni fand eine öffentliche Sitzung des Völkerbundes im St. James-Palast statt. Es wurden die persönliche Frage und die Frage der Heimkehr der Kriegsgefangenen aus Sibirien erörtert. Bei der vorbereitenden nichtöffentlichen Sitzung konnte die erforderliche Einstimmigkeit nicht erreicht werden. Es wurde daher beschlossen, daß der persönliche und der französische Vertreter eine besondere Zusammenkunft abhalten sollen, um die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen.

Die Reichsschulkonferenz 1920.

Von Geheimrat Dr. Munkel,
Mitglied der Nationalversammlung.

I.

Zusammensetzung, Bildungs- und Erziehungsprobleme.

Die Reichsschulkonferenz sollte ursprünglich zu Ostern zusammengetreten wurde aber angeblich durch den Kapp-Putsch daran gehindert. Sie ist dann für die Zeit vom 11. bis 19. Juni einberufen worden. Wenn man der zurückgetretenen und mit der Fortführung der Geschäfte beauftragten Regierung formell auch die Berechtigung zur Abhaltung der Konferenz zugesprochen wird, so wäre eine Vertagung bis nach Klärung der politischen Lage doch wohl wünschenswert gewesen. Es hätte dann die Zusammensetzung der Konferenz, und noch mehr die der Kommissionen, noch einmal revidiert werden können. Man hat in interessierten Kreisen doch den Eindruck, daß die Zusammensetzung eine starke Linksorientierung im Sinne der Reichsparteien erkennen läßt, und daß trotz aller gegenseitigen Versicherungen die politische Stellung der Einzelnen oder der zugehörigen Verbände in erster Linie für die Einberufung ausschlaggebend war. Recht deutlich trat dies auch bei der Beteiligung der einzelnen Fraktionen an der Konferenz in die Erscheinung. Nicht die Tüchtigkeit der einzelnen Personen war ausschlaggebend, sondern die Zahl der Fraktionsmitglieder. So entsand die Deutsche Volkspartei drei Vertreter. Heute würde die Deutsche Volkspartei mit etwa dreimal soviel Mitgliedern vertreten sein müssen. Die Abgeordneten D. M. und Marx verwarfen sich deshalb auch dagegen, daß den Abstimmungen irgend welche Bedeutung für eine spätere Gesetzgebung beigemessen wäre. Daß die politische Parteistellung vielfach über die sachliche Einsicht liegen konnte, ließ am ersten Tage der Beisatz bei verschiedenen Reden erkennen. Neben berufenen anerkannten Schulmännern steht man auch kleine Parteigrößen, die nur durch die hinter ihnen stehende Organisation oder durch direkte oder indirekte persönliche Bekanntschaft eine Einlassung erhalten konnten; sieht man doch sogar Vertreter von Verbänden, die mit Schulbildung und Erziehung wenig oder nichts zu tun haben. So wurde auch der Ausdruck des Ministers K. A. G., daß die Konferenz keine Versammlung von Parteimännern, sondern eine solche von Wissenschaftlern und Forschern sei, vielfach sehr lebhaft aufgenommen. Und doch hätte man gerade bei diesen wichtigen Kulturfragen die politische Stellung so leicht ausschalten können, da man auch als rechtsstehender Politiker weitgehenden Schulreformen zustimmen kann und sie auch dringend wünscht, wie es bei mir der Fall ist. War's ein Versehen oder war's Absicht, daß die preussischen Provinzialschulkollegien und Regierungen zunächst übergegangen worden waren, dann aber in erster Stunde noch eine Einladung erhielten? Oder verbannten sie es nur dem nachträglichen Eintreten des preussischen Unterrichtsministers? Anerkennen muß man, daß alle pädagogischen Richtungen sowohl in den Referaten als auch nachher in der Debatte zum Vorschein kamen. Viele Teilnehmer hätten auf die Ausführungen der Ruandlichen verzichtet. Es ist doch mehr als „schäumende Jugend“, wenn sie vom Standpunkte ihrer Lebenskreise aus von ihren gegenwärtigen Lehrern als „ungeeignetes Lehrmaterial“ spricht. Für einen Fehler muß man die Einschränkung der Debatte auf vorher vorbereitete Ausführungen halten. Es hatte zur Folge, daß die einzelnen Redner meist aneinander vorbeiredeten, besonders die Parteibogmatiker. Die ganze Verhandlung glich daher mehr einem bunten Mosaik, als einem einheitlichen Ganzen. Vieles, was Widerspruch hervorrief, mußte unversprochen bleiben.

Für die gesamte Verhandlung sind neun Tagesitzungen in Aussicht genommen. Die ersten drei und die letzten drei sind Vollsitzen und die drei mittleren sind Ausschußitzungen. Im Mittelpunkt der drei ersten Sitzungen und damit der ganzen Verhandlungen überhaupt stehen die drei Haupterziehungs- und Unterrichtsprobleme der Gegenwart: Einheitschule, Arbeitsschule und Lehrerbildung. Über das zweite Problem wird sich eine grundsätzliche Einigung erzielen lassen, wenn auch graduell die Meinungen auseinandergehen werden. Man hätte deshalb, um Zeit zu gewinnen, die endlose allgemeine Debatte, die kaum neue Momente zeitigte, bedeutend einschränken können. Schwieriger wird bereits eine Einigung bei der Lösung der Einheitschulfrage sein. Hier wird letzten Endes die Vorschlagsgebung die Entscheidung treffen müssen und es dabei keinem recht machen. Zunächst gehen die Ansichten über die Dauer und Wertung der Grundschule auseinander, dann über die Stellung der Grundschule zu den ihr angegliederten Schulen; soll sie direkt zu den höheren Schulen überleiten, oder soll eine Mittelschule im Anschluß daran neben ihrem Selbstzweck die Vorbereitung auf die höheren Schulen übernehmen? Wer soll über die Qualität der Schulen für den Besuch einer Mittelschule entscheiden? Ist eine neun- oder eine achtjährige höhere Schule erwünscht, und ist das Bildungsniveau der höheren Schulen auf alle Fälle gesichert? Alles dies sind Fragen, über die die Meinungen der Teilnehmer weit auseinandergehen. Schon jetzt zeigt es sich, wie recht wir hatten, wenn wir letzterzeit in der Nationalversammlung betont, daß eine Reifelegung der Zeit für die Grundschule, ehe man über die anderen grundsätzlichen Schulaufbaufragen sich geeinigt hätte, ein Übel sei. In der Konferenz kommt diese Ansicht immer wieder zum Ausdruck. Die vorzeitige Reifelegung der vier Grundschuljahre bedarf die weitere Aufgestaltung der Einheitschule nach den verschiedensten Seiten hin.

Die größten Schwierigkeiten bereitet das Problem der Lehrerbildung. Zwar ist man darin grundsätzlich einig, daß die höhere Schule die Vorbereitungsanstalt für die Lehrerbildung sein muß. Das ist ja auch verfassungsmäßig festgelegt. Dabei spielt die Forderung eines deutschen Gym-

nahtums keine grundsätzliche Rolle. Kommt es, dann kann es nur als Vorkurs kommen. Die bis jetzt unüberbrückten Gegensätze bestehen hinsichtlich der Frage nach der Hoch- und Berufsausbildung der Lehrer. Die Lehrerschaft fordert in ihrer großen Mehrheit aus prinzipiellen Gründen vollständig fachlich und methodisch gleichwertige Ausbildung auf Schule und Universität mit den Lehrern für die höheren Schulen. Welche pädagogische Kreise und wohl auch die Unterrichtsverwaltung treten aus praktischen und finanziellen Gründen für Weiterbildung auf an den Universitäten und technischen Hochschulen oder in anderen Städten einzurichtenden pädagogischen Akademien ein. Bei dieser Frage drängt es auf grundsätzliche Entscheidung. Gelingt es nicht, die Lehrer für diesen Standpunkt zu gewinnen — und fast scheint nach der unzeitgemäßen Erklärung der Berliner Universität die Aussicht dazu geringer geworden zu sein —, dann wird auch eine gesetzliche Regelung in dem Sinne nicht den notwendigen Frieden bringen, sondern erneuten Kampf auf der ganzen Linie.

Die übrigen zur Verhandlung stehenden Fragen enthalten keine Probleme, die eine reichsgesellschaftliche Regelung bedürfen. Aus politischen und praktischen Gründen ist eine Aussprache darüber erwünscht. So über Schülerauslese, Berufsberatung, Selbstregierung, Schulgemeinden, Schülerauskünfte, Schülervereine, gemeinschaftliche Erziehung der Geschlechter, körperliche Erziehung, Elternbeiräte, technische Vereinheitlichung des Schulwesens im Reich, Schulanfänge, einheitliche Ferien, Prüfungen und Zeugnisse, Privatschulen, deutsches Schulwesen im Ausland und Verwaltung des öffentlichen Schulwesens, wobei der letzte Punkt der staatlichen Gesetzgebung ohne weiteres hätte überlassen werden können.

Die schwedisch-finnische Spannung.

Kopenhagen, 16. Juni. „Berlingske Tidende“ meldet: Der schwedische Gesandte in Helsinki ist zur Berichterstattung nach Stockholm berufen worden. Dies ist nicht als Überweisung, sondern als Zeichen dafür anzusehen, daß die schwedische Regierung der finnischen ihre Auffassung über die Lage zu erkennen geben will. Die Stimmung in eingeweihten Kreisen in Stockholm und auf den Alands-Inseln ist sehr ernst. Weitere 420 Mann Feldmarschmächtig ausgerüsteter finnischer Truppen sind auf den Alands-Inseln angekommen.

Die Katastrophe der Armee Koltshats.

Moskau, 15. Juni. Auf dem heute früh hier aus Ostasien einlaufenden Dampfer „Armand Behie“ befand sich auch General Janin mit seinem aus etwa 30 Offizieren bestehenden Stab. General Janin erklärte auf Befragen über den Untergang Koltshats: Am Tage der Katastrophe, am 14. Januar, konnte Koltshat nicht mehr weiter. Man konnte ihn nicht mehr schützen. Die Truppen, die ihn retten wollten, waren viel zu schwach und auf einem viel zu großen Raum verteilt, um ihn zu schützen. Er war infolgedessen reitungslos verloren, da er die Bolschewiken vor und hinter sich und Aufständische auf beiden Seiten hatte. Die tschechoslowakische Armee, deren kriegerische Fähigkeiten anzuerkennen sind, hatte außerdem von ihrer Regierung den absoluten Befehl erhalten, sich nicht in die bürgerlichen Angelegenheiten zu mischen und sich unter keinem Vorwand für die bürgerliche Regierung zu schlagen. Das erklärt alles. Koltshat ist vor allem durch seine schweren Fehlschlüsse und persönlichen Fehler unterlegen. Was man auch über ihn schreiben mag, bleibt hinter der Wahrheit zurück. Ein an Bord desselben Schiffes eingetroffener tschechoslowakischer Major gab folgende Erklärung ab: Die Umgebung Koltshats war verächtlich und seine Armee in einer unglaublichen Verfassung. Er hatte übrigens alle Welt schon vor seinem Untergang ermahnt. Was uns betrifft, so haben wir bei unserer Ankunft in Jarkutsk formellen Befehl von unserer Regierung vorgefunden, nicht weiter zu gehen. Wir befanden uns also losgelassen zwischen Russen und Japanern.

Kleinasien und der türkische Friedensvertrag.

Moskau, 16. Juni. Nach einer Londoner Meldung des „Times“ turliert schon seit einiger Zeit das Gerücht, daß der Oberste Rat, um zu verhindern, daß Kleinasien in Anarchie verfällt, bedeutende Änderungen der türkischen Friedensvertragsbestimmungen ins Auge fasse. Eine Atmosphäre der Beunruhigung scheint in Konstantinopel zu herrschen, seitdem sich die nationalistischen Streitkräfte Mustafa Kemal Paschas

nicht nur Kleinasien, sondern auch des Marmara-Meeres bemächtigt hätten. Die türkischen Nationalisten hätten sich auch der Insel Marmara bemächtigt, die die Schifffahrt Gallipoli-Konstantinopel beherrsche.

Selbstverwaltung für die Insel Malta.

Amsterdam, 15. Juni. Aus London wird gemeldet: Durch ein Dekret wird der Insel Malta eine eigene verantwortliche Regierung gegeben. Das Parlament wird aus dem Senat und aus der gesetzgebenden Versammlung bestehen. Das Ministerium soll höchstens sieben Mitglieder umfassen. Die Amtssprache ist englisch, bei den Gerichten italienisch.

Um die amerikanische Präsidentschaft.

Moskau, 16. Juni. Von einer Meldung des „Berl. Lokal-Anzeigers“ aus dem Haag werden in New-York auf die Wahl Harding zum Präsidenten der Vereinigten Staaten Wetten von 10 zu 1 abgeschlossen. Harding ist der republikanische Kandidat.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 17. Juni.

Stand der Erwerbslosigkeit im Monat Mai 1920.

Beim Städtischen Arbeitsamt meldeten sich im Laufe des Monats Mai 1542 männliche und 837 weibliche Arbeitssuchende; offene Stellen waren 1108 für männliche und 1901 für weibliche Personen gemeldet; untergebracht wurden 1132 männliche und 763 weibliche Arbeitssuchende.

Die Lage des Arbeitsmarktes im verflochtenen Monat war vorzugsweise durch die wirtschaftlichen Erschütterungen infolge des Konjunkturrückganges bestimmt. Viele Arbeitgeber sahen sich gezwungen, entweder zu einer Streckung der Arbeit oder zu Betriebsstillegungen und Arbeiterentlassungen zu greifen. Während anfangs hieron nur die Großindustrie betroffen wurde, hat gegen Ende des Berichtsmontats die Krise auch auf das Handwerk infolge mangelnder Beschäftigung übergegriffen. Nur die glänzenden Produktionsverhältnisse in der chemischen Industrie, wo durch persönliche Bemühungen eine größere Zahl gelernter und ungelernter Arbeiter untergebracht werden konnte, glücken die ungünstige Arbeitsmarktlage in den übrigen Berufsgruppen einigermaßen wieder aus. Trotzdem erhöhte sich die Zahl der Erwerbslosen im Laufe des Monats um rund 12 Proz., jedoch am Ende des Berichtsmontats 1123 Arbeitssuchende, darunter 91 Weibliche, erwerbslos gemeldet blieben.

In der Landwirtschaft hat sich der Bedarf nach Arbeitskräften, die mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut sind, erheblich vermehrt. Der Nachfrage konnte jedoch infolge der verschiedenartig gezahlten Löhne nicht voll entsprochen werden.

Durch systematische Aufklärung unter den Erwerbslosen konnte gegen Ende des Monats der erste Transport arbeitswilliger Arbeitskräfte, die gesund und körperlich für schwere Arbeit geeignet waren, in das Rheinisch-Westfälische Steinkohlengebiet gebracht werden. Weitere Transporte nach dem Ruhrgebiet, wo der Arbeiterbedarf zur Vermehrung der Beschäftigung und damit der Kohlenförderung ständig im Zunehmen ist, sind in Vorbereitung.

In allen Gewerbebezügen, einseitig dem seit Monaten voll beschäftigten Baubereich und Holzgewerbe, machte sich das geringe Kaufinteresse und die abwartende Haltung der Konsumenten durch ein mehr oder weniger härteres Anschwellen der Erwerbslosenziffer bemerkbar. Auch in den ungelernten Berufen, sowie für Kraftwagenführer und Fuhrleute hat die wirtschaftliche Stagnation die Vermittlung erheblich erschwert.

Die Lage der zahlreich gemeldeten Kriegsschädigten und Erwerbsbeschränkten, die infolge ihrer Beschädigung, bezw. ihres Alters oder sonstiger körperlicher und geistiger Beschränkung auf dem Arbeitsmarkt schwer unterzubringen sind, hat sich gegenüber dem Vormonate wesentlich ungünstiger gestaltet.

Der Arbeitsmarkt für weibliche Hausangestellte zeigte weiterhin eine nicht unerhebliche Besserung. Auf 100 offene Stellen kamen 72 Suchende. Der für das Hotel- und Gastwirtspersonal abgeschlossene Tarifvertrag machte sich in der Abteilung für Diensthelfer insofern bemerkbar, als ein großer Teil der anbauenden von außerhalb zugehenden weiblichen Hausangestellten sich für das Hotelgewerbe meldete, wozu neben der besseren Entlohnung der Achtundtag den größeren Anreiz bieten dürfte. Der Bedarf an Zimmermädchen und weiblichem Hotelpersonal war somit gegen Schluss des Monats vollständig gedeckt, wogegen es nicht möglich war, die gemeldeten offenen Stellen für Diensthelfer voll zu besetzen.

Die Lage für gewerbliche Arbeiterinnen hat wegen des Monats Veränderungen nicht ergeben. Die Zahl der weiblichen Unterhaltungsbeziehenden auf zwei Kriegserwitwen beschränkt.

Die Kartoffelversorgung. Nach der neuen Verordnung über die Kartoffelversorgung ist es Aufgabe der Landwirtschaft, 120 Millionen Zentner Kartoffeln im Wege der Vermarktungsverträge zur Versorgung der Bevölkerung in den Kommunalverbänden aufzubringen und diesen aufzugeben ihren Bedarf bis zum 19. Juni bei der Reichskartoffelkommission anzumelden. Unter dem augenblicklichen Eindruck der Reichskartoffelanlieferungen sowie im Hinblick auf die bessere Bewertung der Markt im Auslande in Verbindung mit den stetigen Nachrichten über die bevorstehende Kartoffelernte sollen einzelne Kommunalverbände beabsichtigen, nicht den gesamten Jahresbedarf anzumelden, sondern sich nur eine Probestimme zu sichern und im übrigen die Bevölkerung auf den freien Markt von Kartoffeln zu verweisen. Die Kommunalverbände gehen hierbei offenbar davon aus, daß der Preis für Kartoffeln im kommenden Winter sich niedriger als der Preis für Vertragskartoffeln stellen dürfte. Am 11. Juni hierzu erklärt: Wenn es sich jetzt auch noch nicht ganz übersehen läßt, wie sich die Preisgestaltung im Herbst entwickeln wird, so erscheint doch Vorbehalt geboten. Es ist vollkommen verfräht, schon jetzt eine gute Kartoffelernte zu prognostizieren. Sicher ist, daß die kalte Witterung der letzten Woche die Kartoffelernteausichten nachteilig beeinflusst hat. In anbetracht des Verlustes großer Ueberflutungsgebiete durch den Friedensvertrag sowie der erheblichen Mengen, die der Landwirt zur Ernährung seines Viehs benötigt, bleibt die zweifelhafte, ob auch bei einer verhältnismäßig günstigen Ernte das Angebot an Kartoffeln im Herbst so stark sein wird, daß der Preis für freie Kartoffeln unter dem Preis für Vertragskartoffeln zurückbleiben wird. In diesem Falle können sich für die Kommunalverbände, die sich nur teilweise mit Kartoffeln eingebest haben, ernste Schwierigkeiten ergeben, da sie dann unter Umständen genötigt sein werden durch den Ankauf von freien Kartoffeln zu erheblich höheren Preisen die Versorgung ihrer Bevölkerung sicherzustellen.

Von der Rheinlandskommission für das besetzte Gebiet genehmigte Gesetze. Nach Mitteilung des Reichskommissions für die besetzten rheinischen Gebiete hat die Interalliierte Rheinlandskommission gegen die nachstehenden Gesetze keine Einwendungen erhoben: 1. Beseitigung des Arbeitermangels der Landwirtschaft vom 16. März 1919. 2. Abänderung der Verordnung zur Beseitigung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft vom 16. März 1919. 3. Gläubigerspiel vom 23. Dez. 1919. 4. Druckpapier vom 27. März 1920. 5. Preise für künstliche Düngemittel vom 29. März 1920. 6. Befugnismachung zu der Verordnung des Bundesrates über künstliche Düngemittel vom 29. März 1920. 7. Bildung einer Preisausgleichsstelle für Superphosphat vom 29. März 1920. 8. Bildung einer Preisausgleichsstelle für Knochenmehl vom 29. März 1920. 9. Ausführung der §§ 5 und 10 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 21. April 1920. 10. Beschränkte Auskunftsansprüche aus dem Strafregister vom 9. April 1920. 11. Ausführung des Art. 13, Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 8. April 1920. 12. Befreiung mit Schuttscheit vom 10. April 1920. 13. Ergänzung der Verordnung über Zahlung von Ablieferungsprämien für Protagezettel, Güter und Kartoffeln vom 14. April 1920. 14. Vorläufige Erhebung der Einkommensteuer für den Rechnungsjahr 1920 vom 20. April 1920. 15. Verbot der Trennung von Schneidwerk und Sortieren von Garnen und Lumpen aller Art in der Hausarbeit vom 21. April 1920. 16. Ausführung des Betriebsratsgesetzes vom 21. April 1920. 17. Reichsausgleichsstelle vom 24. April 1920. 18. Staatsvertrag über den Uebergang der Staatsbahnen auf das laufende Verwaltungsorgan der Reichseisenbahnen auf das Reich vom 30. April 1920. 19. Wahlen zum Reichstag vom 30. April 1920 und Reichswohlordnung vom 1. Mai 1920. 20. Zeitweilige Befreiung von der Verpflichtung zur Kursummeldung bei Ueberwindung vom 28. April 1920. 21. Beitritt alliierter und assoziierter Staaten zum Ausgleichsverfahren über die Annahme deutscher Forderungen beim Reichsausgleichsamt vom 30. April 1920. 22. Aufhebung der Verordnung vom 1. April 1920 und über Beseitigung des Grundloches in der Krankenversicherung vom 30. April 1920. 23. Änderung der Vorschriften für Bayern und Württemberg vom 30. April 1920.

Die Auskisten der diesjährigen Spätherbste lassen sich jetzt überall klar überblicken. Am allgemeinen kann da festgestellt werden, daß und der Herbst, wenn auch eine gute Mittelernte, so doch nicht die reiche Fülle der diesjährigen Frühherbste bringen wird. Die Zweifeln verbleiben in dieser Hinsicht noch den besten Ertrag. Die Bäume zeigen hier einen sehr guten Befund, und wenn infolge der Trockenheit nicht allzuviel Früchte vorzeitig abfallen, so dürfte die Zweifelsfragen und Zweifelsmomente im Herbst nicht allzu teuer zu stehen kommen. Recht verschiedenartig haben dagegen die Birnbäume. Viele von ihnen zeigen trotz sehr

Jubilare!

Roman von Margarete Laube.

(24. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Als er mit dem dritten Satz begann, brauchte sich Professor Weiler nicht darum zu sorgen, daß seinem jungen Solisten die Stimmung verdorben sei; mit allerlicher, feder Schmelze führte er seine Stimmung — kaum folgte er noch seinem Taktstod, feurig stürzte das freudige Allegro Albin vorwärts — die Orchesterbegleitung glitt nach, schmeigte sich ein —

Mit einem wild-herzigen Ruck hob Albin den Kopf von der Geige.

Einen Augenblick war Stille — dann setzte ein sonderbares Geräusch ein. O, gehört, oft selber mitgemacht im Taumel der Begeisterung und Freude — aber nun doch wunderbarlich und fremd.

Er hörte mit seinen gespannten Nerven wie es immer wieder aufwallte, bald aus dieser, bald aus jener Ecke, und die anderen mitriß, daß ein einziges starkes Knattern daraus wurde —

Er neigte sich — wieder und wieder — Und dann reichte ihm Professor Weiler die Hand und trat gemeinsam mit ihm vor den wunderlichen Pär: da klang ein Ruf auf — wiederholte sich.

Zum ersten Mal in seinem Leben hörte Albin es, das wunderbare, bis ans Herz dringende, begeisterte „Bravo!“

Er hörte es noch als schon längst Professor Weiler seine Hand losgelassen hatte und lächelnd zwischen seinen Musikern verschwunden war.

Es galt ihm! Ihm allein!

Ein tausendfaches, entzücktes Lächeln begleitete die Zugabe, ein beisehendes, hartes Mienen — ja, er hatte die Herzen da branten in seinem Takt sie schlugen, wie er es wollte — er hatte gefiegt!

Ein strahlendes Lächeln beugnete jetzt dem Beifallskurm, der immer erneute Wellen zu ihm aufschlug.

Zwei feuchtglänzende Augenpaare blickten glückselig an der schönen, schlanken Jünglingsgestalt, Matthias und Marie Waldb saßen auf ihrem Ehrenplatz in einer der

vordersten Reihen im Saal und hielten die weißen Blätter der Vortragsfolge wie Heiligtümer in den Händen. Stand doch auf ihnen der Name ihres Jungen —

Matthias Waldb folgte die Hände. Nun hatte er doch ein Künstler werden dürfen, sein Albin!

Stand dort oben und schenkt her von seinem Reichtum: ließ die Herzen aufsteigen und dankbar werden. Matthias war der helle Konzertsaal zur Straße geworden.

Zärtlich umfachte er mit den Blicken das erglühende Gesicht mit den großen Augen, aus denen jetzt eine heilige Flamme brannte. In kurzen Wellen lagen die Haare zu krausen Fülle gebündelt über der weißen Stirn. Die Lippen hatten dem Wunsch des Geheimrats geopfert werden müssen — Matthias lächelte gerührt in Gedanken an die Verlegenheit, mit der Albin, der auf seine Lippen stets so stolz gewesen war, mit dem geschorenen Haupte beimgelassen war. Ein solcher Zigeunerkopf sei nicht vornehm: so hatte der Geheimrat gesagt —

Vornehm — ja das war er geworden, sein Junge! Seine jugendliche Gestalt war so biegsam, so selbstlicher in dem prächtigen Frack, den der Geheimrats Schneider ihm hatte anfertigen müssen! Ueber dem Reizgehnjahren war eine gewandte, glückliche Sicherheit — ein ganz seiner Gang einer verwöhnten, anpruchsvollen Welt: Matthias fühlte es, wie der Bub über ihn hinausgewachsen war. Aber auch das machte ihn noch stolz und froh.

Was tat es: er diente ja der Kunst! Dies alles waren Neugierigkeiten, die die Welt von ihm verlangte, darin hatte ja wohl der Geheimrat recht! Sein Herz war aber das Herz des kleinen Albin der so voll Liebe und Schwärmerel war daß er als Vater um ihn hatte bangen müssen.

Alles andere war ein erbortetes Kleid: die Erziehung des Geheimrats. . . Die leise heimliche Angst, die Matthias zuweilen ob der Vornehmheit seines Bubens besiel, schwich schon wieder.

In einem Augenblick von Schwabenden und aufgeregten Menschen schob sich nach Schluss des Konzerts die kleine Gruppe um Albin zur Ausgangstür. Der Geheimrat wich, wie von Eifersucht gepannt, nicht von seiner Seite und an der anderen ging Albins Mutter, die ein kleines, stilles Mütterchen geworden war, mit einem sorgsam verhehlten

Leiden, das ihr aber aus den milden Augen sprach und so genugsam verriet.

Sie hielt Albins Hand und aus seinen heißen Fingern strömte eine kraftvolle Wärme zu ihr hinüber. Sie ging ganz still: es war Glück genug so dicht bei ihm sein zu dürfen heute . . .

Langsam traten sie hinaus in den Nebel, der sich so Trübungen auf die Häuser der Altstadt legte. Albin sah mit weit träumenden Augen über den Frühlingsplatz, über den die Vogelstimmen zitternd schwammen —

Sein Anfang! Sein Anfang war gemacht!

Mitterlich hob der Geheimrat Fischer die Mutter auf den Tritt des Wagens hinauf, der sie alle zum Bahnhof bringen sollte: im stillen wartete der alte Herr voll Ungeduld auf die Stunde, die er mit seinem Pflebling noch in seinem Hause erleben und feiern wollte — allein mit ihm —

Albin stand noch wartend im Gedränge, verträumt, ertrübt: — da fühlte er, wie ein Blick an ihm haftete und wendete den Kopf im Zwang herum.

Ein silberner Schimmer blinkte auf zwischen den herausstreichenden Menschen, ein wunderbar seltener Hals reichte aus einem weichen schweren Mantelstrang hervor und über einem durchsichtigen arten Kranzschmuck mit hochgehobenen, dünnem Rädchen strebte eine Kralle silberblonder Haare empor: helle strahlende Augen blickten ihn fest — leuchteten in seinen fragenden Blick hinein: Valeska!

Wie gebannt war Albin einen Augenblick stehen geblieben, so daß sein Vater ihm winken mußte, ihnen zu folgen. Da war auch die Erkenntnis schon fortgeschritten!

Der Zufall dieses Wiedersehens traf ihn, als sei eine tiefe Bedeutung mit ihm verknüpft. Heute, an seinem Siegesfest, heute erschien ihm das kleine heilige Mädchen, das seine ersten christlichen Träume geweckt hatte!

Eine heiße Verliebtheit erfaßte ihn, daß sie ihm auch gelacht hatte — und anseich eine Sehnsucht, sie näher und länger anschauen zu dürfen —

Zu fragen ob sie ihn erkannt hatte — Valeska!

Dann rollte der Wagen dem Bahnhof an und Albin schrie zurück in die Erinnerung des heutigen Tages, seines Tages!

(Fortsetzung folgt.)

Das Amtsgericht Weidling 17 (H. 12)

Freiangebene u. ant. Möbel, Gemälde neu u. alt.
 Porzell., Smirna- u. a. Teppiche, Dekor.-Gegenst.
 Porzell. u. Kristallst., Porz.-, Porz.-, Eisenbed., Bett-
 u. Tischwäsche, Lederbett. usw. läuft gea. hob. Preis
 E. Klapper, Friedrichstraße 55, Tel. 1827. 1012

